

(Abgeordneter Schäfer.)

- (A) vorhanden sind, zu beschlagnahmen, um der Nahrungsmittelkalamität zu steuern. Ich halte das Vorgehen für ganz berechtigt, meine Herren, der Leipziger A.- und S.-Rat hat dieses nicht erst seit gestern und heute getan; das haben wir in Leipzig, soweit die Möglichkeit seit dem 9. November 1918 gegeben war, restlos durchgeführt, daß wir versucht haben, die Hamsternerster auszuheben, und es ist uns möglich gewesen, ganz bedeutende Mengen von Nahrungsmitteln Krankenhäusern und Lazaretten zuzuführen. Was in Villen und Wohnungen der besseren bürgerlichen Gesellschaft gehamstert und aufgespeichert war, werden die bürgerlichen Parteien in Leipzig schon noch feststellen können, wenn der Bürgerausschuß dazu übergehen sollte, Maßnahmen zu treffen, die darauf hinauslaufen, dieses Abschneiden der Nahrungsmittel nach Leipzig noch weiter auszubauen; dann gibt es kein anderes Mittel mehr, dann wenden wir das Mittel an, dann ist die Zeit gekommen, von der der Volksbeauftragte Schwarz vor einigen Stunden in diesem Saal gesprochen hat: in der Not, in der Gefahr tun wir alles, damit nicht die Mehrzahl oder einzelne der Leipziger Bevölkerung verhungern, sondern da werden wir Sorge tragen, daß auch der letzte Winkel in den Wohnungen durchsucht wird, daß die Nahrungsmittelverteilung gleichmäßig ist, daß das Leipziger Bürgertum, welches den Bürgerstreik angezettelt hat, genau so gut hungern muß, veranlaßt durch die Maßnahmen, die es selbst in die Wege geleitet hat.

Einige Worte darüber, daß man gesagt hat, daß sich eine kleine Minderheit erlaubt, einen Terror auszuüben, unter dem die Allgemeinheit unendlich leiden muß. Man hat davon gesprochen, daß doch wahrhaftig genug Blut geflossen sei, daß es wahrhaftig genug Tote gegeben habe. Ja, wie lagen denn die Dinge bis jetzt? Ich beneide die Vertreter der bürgerlichen Parteien nicht um die Aufgabe, die den einzelnen Herren zufällt, solche Interpellationen zu begründen, und noch dazu damit, daß man sagt, kleine Minderheiten vergewaltigen die Allgemeinheit. Wer ist denn bisher, bis zum 9. November, vergewaltigt worden? Wie klein war denn die Minderheit, die diesen ungeheuren Terror gegen die gesamte deutsche Arbeiterschaft ausgeübt hat? Diese kleine Minderheit, — Herr Rathenau, der Ihnen doch sehr nahe steht, sagte vor einigen Jahren, daß Europa von 300 Finanzleuten regiert wird — diese kleine Clique hat es verstanden, dafür zu sorgen, daß 18 Millionen Menschen heute nicht mehr leben, daß gegen 20 Millionen Menschen mindestens als Krüppel oder Halbkrüppel herumlaufen. Ich beneide Sie nicht um die Lage, in die Sie in dieser Beziehung gekommen sind. Auch wir sind der Auffassung, daß genug Blut geflossen ist, daß schon viel zu viel Blut

(1. Abonnement.)

geflossen ist, und wir beneiden die Regierung nicht um (C) die Lage, in die sie sich selbst gebracht hat, indem sie Bürgerblut vergossen hat. Wenn man zur Entschuldigung anführen will, daß die Reichsregierung durch das Vorgehen der Spartakisten, das ich durchaus nicht verteidigen will, gezwungen worden sei, zu den Waffen zu greifen, daß man hätte mit Flinten, Maschinengewehren und Kanonen schießen müssen, so lag durchaus keine Ursache vor, das zu tun; und ich halte vorläufig die sächsische Regierung für einsichtig genug, nicht diese Torheiten zu begehen, die in Preußen-Deutschland von den Parteifreunden der jetzigen Regierung Nozke angewendet worden sind. Wie wir in Leipzig bewiesen haben, daß man die Ruhe und Ordnung aufrechterhalten kann, ohne daß es zu Blutvergießen kommt, so glaube ich, daß auch die jetzige Regierung Mittel und Wege finden wird, um eine Einigung auf dem Wege der Verständigung herbeizuführen. Sollte aber das Vorgehen der preussischen Regierung Nachahmung bei der sächsischen Regierung finden, so wollen wir mit Nachdruck dagegen Verwahrung einlegen. Wir wollen die Herren der Regierung darauf aufmerksam machen, daß sie die Verantwortung für die Dinge dann voll und ganz zu übernehmen haben. Wir verlangen, daß man uns erst sagt, ehe es so weit kommt, welches die Ursachen sind, daß man militärische Mittel anwendet. Wir haben die öffentliche Sicherheit vorläufig (D) in Leipzig noch gewährleistet und werden sie auch gewährleisten; wir haben Parteigenossen, die opferwillig genug sind, selbst wenn sie schwer gearbeitet haben, noch in den Nachtstunden die Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu übernehmen. Dazu brauchen wir das Gesindel nicht, welches sich jetzt gegen zu hohen Sold bereit erklärt, gegen die Arbeiterschaft zu schießen, zu marschieren.

Vizepräsident Dr. Dietel (unterbrechend): Herr Abgeordneter, der Ausdruck Gesindel ist wohl kaum parlamentarisch.

Abgeordneter Schäfer (fortfahrend): Wenn Sie mich auch deshalb zur Ordnung rufen, der Ausdruck ist doch berechtigt nach dem Vorgehen, das wir in Halle, in Berlin, in Bremen und allerorts gesehen haben. Ich will davon absehen, vorläufig diese Truppen, die dem sächsischen Kriegsministerium unterstehen, unter diese Bezeichnung fallen zu lassen, die Zukunft wird ja zeigen, ob man denselben Ausdruck für die Truppen, die dem sächsischen Kriegsministerium unterstehen, anwenden muß oder nicht. Daß es aber nicht Arbeiter sind, die aus Idealismus sich gemeldet haben, das beweist, daß uns Mitteilungen zugegangen sind — wer sich dafür interessiert,